

„Der Laubaner Bote“

erscheint jeden Mittwoch früh in der Scharfschen Buchdruckerei, Görlitzerstraße.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich 8 Sgr.



Ämtliche und Privat-Anzeigen werden bis Dienstag Mittag angenommen und wird die Zeile aus gewöhnlicher Schrift mit 1 Sgr. berechnet, größere Schrift und Einfassungen nach Verhältniß des Raumes.

Der Laubaner Bote.

Eine Wochenschrift für Stadt und Land.

No. 22.

Mittwoch, den 2. Juni

1869.

Lauban, 1. Juni. Heute Nachm. 2 1/2 Uhr traf der zum Bürgermeister hiesiger Stadt am 30. März d. J. gewählte und von der Königl. Regierung zu Liegnitz bestätigte Stadtrath Herr **Feichtmayer** aus Brieg unter dem herzlichsten Empfange der städtischen Behörden hieselbst ein.

Ueber die Folgen der Ablehnung bei der Berathung der Steuer-Vorlagen sagte Graf Bismarck: „Wenn wir durch die vorgeschlagene Maßregel den Bedarf nicht decken, dann bleibt schwerlich etwas anderes übrig, als der Zuschlag zu den directen Steuern, und unter diesen in erster Linie zur Klassen- und zur Einkommensteuer und zu dem Ersatze für letztere an gewissen Orten der Mahl- und Schlachtsteuer. Dort ist nach der Ansicht des preussischen Finanz-Ministers ein Zuschlag von ungefähr 50 pCt. erforderlich, um das Deficit zu decken. Ich glaube nicht, daß Sie mit einem Zuschlage von 50 pCt. auf die volle Einkommensteuer und Klassensteuer reichen werden, ich glaube, daß mehr erforderlich ist. Wollen Sie dies nicht, dann ist die preussische Regierung in der Lage, sich nach der Decke strecken zu müssen, die Sie ihr zuschneiden, sie kann für die Volkswohlthat nicht mehr aufwenden, als sie hat; wo soll sie es hernehmen? Wie Sie dies als eine Drohung bezeichnen wollen, das begreife ich nicht; denn wenn sie das thun wollen, müssen sie uns ein Mittel angeben, wo wir das fehlende Geld zu diesen Ausgaben hernehmen sollen, oder Sie müssen von uns verlangen — und diesem Verlangen bin ich nicht bereit, mich zu fügen — daß wir die Wirthschaft des vorigen Jahres fortsetzen und aus dem Kapital leben; zu der Fortsetzung einer so unbedingt unpreussischen Wirthschaft kann ich

meine Unterschrift aber unter keinen Umständen geben. Ausgaben und Einnahmen müssen stimmen, sei es durch Erhöhung der Einnahmen, sei es durch das allerrücksichtsloseste Abstreichen aller derjenigen Ausgaben, welche die Einnahmen überschreiten. Daß dadurch eine Bedrängniß in vielen Zweigen der öffentlichen Wohlfahrt erzeugt wird, ja daran, meine Herren, zweifle ich gar nicht; aber gerade deshalb habe ich die Verpflichtung, Ihnen das klar zu legen. Ich sage gar nicht, daß ich bei der Beauftragung dieser Steuern an Ihren Patriotismus mich wende. Ich hasse die großen Worte, am meisten in Geldsachen. Ich wende mich einfach an Ihr eigenes Pflichtgefühl. Sie sind hierher gekommen, um mit uns zusammen an der Regelung des Haushaltes des norddeutschen Volkes und des beträchtlichen Theiles davon, den das preuss. Volk bildet, zu arbeiten. Ich fordere Sie einfach auf, diese Pflicht zu erfüllen, und wenn Sie verlangen, daß nützliche fruchtbringende Ausgaben für die Volkswohlthat geleistet werden, uns die Mittel dazu zu bewilligen. Denn bewilligen Sie sie nicht, so können wir die Ausgaben nicht leisten.

Es ist keine Drohung, wenn eine Regierung sagt, wir werden unter keinen Umständen mehr Geld ausgeben, als die Landesvertretung uns bewilligt. Es ist das einfach die Erklärung: wir werden die Verfassung halten und uns ihr unterwerfen. Es ist an der Landesvertretung, durch ihre Bewilligungen die Grenze zu bestimmen, welche die Auslagen für die öffentliche Wohlfahrt inne zu halten haben; über die Grenze, die sie durch ihre Bewilligung bezeichnet, hinauszugehen, ist der Regierung verfassungsmäßig unmöglich.“

In der Steuerfrage soll, nach dem „Dressd. Journ.“, insofern eine Wendung eingetreten sein, als die „der Regierung am allernächsten stehenden“ Abgeordneten angeblich geneigt sein sollen, soviel an